69. Jahrgang Nr. 225

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Sonntag, 15. Mai 1921

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis in Groß-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen und Anhalt M. 1.00 wöchentlich, M. 5.— monatlich im voraus zahlbar; bei Postbezug: monatlich M. 8.– und vierteljährlich M. 24.– einschließlich Zustellung. Insertionspreis die Zeile M. 5.–; Familien-Anzeigen für Abonnenten M. 1.50 die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort M. 1.—, das fettgedruckte Wort M. 1.50. — Abonnements und Anzeigen nehmen auch die nebenstehend aufgeführten Filialen entgegen. Redaktion u. Haupt-Exped.: SW., Jerusalemer Straße 46-49. Fernsprech.: Zentrum Nr. 9135-10144; für den Fernverkehr Nr. 14207 – 14209. Telegr.-Adr.: „Vauzeit", Berlin. Chefredakteur: Otto Nuschke.

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Filialen: Moritzpl., Köpenicker Str. 67-68, Wiener Str. 1-4, Frankf. Allee 224, Frankf. Allee 246, Gr. Frankf. Str. 101, Greifsw. Str. 187, Schönh. Allee 144, Seniffbauerd. 4, Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 41, Königstr. 56-57, Rosenthal. Str. 46, Kaiserstr. Str. 3, Turmstr. 21, Potsd. Str. 33, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 88, Blücherstr. 69; Charlottenb.: Tauentzienstr. 4, Kantstr. 24, Schlüterstr. 45, Nürnb. Str. 33-36, Kaiserdamm 29, Friedenau: Rheinstr. 45, Helen-see-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankf. Alles 241; Lichterfelde-West: Curtiustr. 1-2, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 65-64, Kaiser-Friedrichstr. 57-58; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 8, Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 8; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 1; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 66, Kaiserpl. 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schlossstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 44; Niederschöneweide: Brückenstr. 23; Potsdam: Brandenb. Str. 26; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeis. 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die deutsche Antwortnote an Briand.

Protest gegen die haltlosen Behauptungen von der deutschen Schuld.

In Beantwortung der Note Briands über den Aufruhr in Oberschlesien ist der französischen Regierung gestern folgende Note übergeben worden:

„Der Herr Ministerpräsident glaubt in seiner Note vom 7. Mai den Ursprung des Aufstandes einer falschen deutschen Zeitungsmeldung zuschieben zu sollen. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß es sich um die „Oberschlesische Grenzzeitung", das Organ des bisherigen polnischen Plebiszitkommissars Korfanty, handelt. Diese absichtlich gefälschte Veröffentlichung sollte offenbar als Alarmsignal für die seit langem vorbereitete polnische Aufstandsbewegung dienen. Die Note geht mithin von einer falschen Voraussetzung aus, was übrigens auch Herr General Le Rond dem deutschen Bevollmächtigten in Oppeln gegenüber ausdrücklich anerkannt hat. In der Note wird ferner gesagt, daß die aus deutschen Quellen stammenden Meldungen über die Lage in Oberschlesien tendenziös gefärbt seien. Demgegenüber muß die deutsche Regierung mit Nachdruck feststellen, daß die tatsächlichen Zustände in Oberschlesien einen vielernsteren Charakter tragen, als sie in der Note vom 7. Mai dargestellt sind. Trotz Wiederaufnahme der Arbeit an manchen Stellen ist irgend eine Besserung der Lage nicht festzustellen. Der Insurgentenführer Korfanty ist nach wie vor absoluter Herr der Lage, und es gelingt ihm täglich, seinen Machtbereich weiter auszudehnen; so ist am 10. Mai sogar der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Kandrzin durch einen mit modernen Kampfmitteln und unter Verwendung von Artillerie durchgeführten Angriff in seine Hände gefallen. Die interalliierte Kommission verfügt in dem größten Teile von Oberschlesien über keinerlei Macht. Die in der Note erhobenen schweren Anschuldigungen sind demnach, wie dies auch bereits von Herrn General Le Rond ausdrücklich anerkannt worden ist, durchaus unbegründet."

Briands Antwort an Lloyd George.

Eine vorläufige Stellungnahme.

Paris, 14. Mai.

Briand erklärte als Antwort auf die gestrige Rede Lloyd Georges im Unterhause einem Vertreter des „Temps", der Auszug aus der Rede des englischen Premierministers, den er besitze, sei zu unvollständig, als daß er ein endgültiges Urteil abgeben könne. Er sei jedoch nicht erstaunt gewesen, daß der französische Standpunkt von dem Lloyd George wesentlich abweiche. Der englische Standpunkt werde beeinflußt von der Ansicht des britischen Kommissars in Oberschlesien, die von der Ansicht des französischen Vertreters und auch in gewisser Beziehung von der des italienischen Kommissars abweiche. Es sei wünschenswert, daß man den drei Kommissaren unbedingt die nötige Zeit lasse, um ihre verschiedenen Ansichten auszugleichen und gemäß dem Vertrage einen einheitlichen Vorschlag hinsichtlich der Grenzlinie zu machen. Es seien drei verschiedene Berichte erstattet worden. Das sei der Grund der Unruhen, aber auch die falsche deutsche Nachricht (!) über den endgültigen Charakter der Zusprechung des Industriegebiets an Deutschland entgegen dem Ergebnis der Volksabstimmung trage schuld daran. Briand vertritt den Standpunkt, daß das Uebel noch vollständig wieder gutgemacht werden könne, denn die interalliierte Kommission habe ihre volle Pflicht getan, ohne in irgendeiner Weise mit den Aufständischen zu paktieren, noch einen Waffenstillstand mit ihnen abzuschließen, wie es die tendenziöse deutsche Propaganda (!), die die Welt überflute, gesagt habe.

Briand empfing heute nachmittag die Vertreter der ausländischen Presse und gab ihnen u. a. folgende Erklärungen ab: „Die französische Regierung erhebt auf das entschiedenste Einspruch gegen alle die falschen und irreführenden Nachrichten, deren Zweck es ist, die französische Regierung so hinzustellen, als hätte sie ihre Pflicht nicht erfüllt. Sie hat sie in jedem Falle unter den schwierigsten Umständen erfüllt, indem sie mit 12 000 Soldaten Leben und Eigentum der Deutschen gegen mehr als 100 000 polnische Insurgenten verteidigt hat." Briand sprach dann von der Stellungnahme der Verbandsregierungen untereinander zu dieser Frage und erklärte: „Frankreich stellt sich auf den Boden des Vertrages von Versailles, der keineswegs angibt, daß ein verschiedenes Verfahren für diese Gegend zur Anwendung kommen muß, je nachdem, ob sie Kohle enthält oder nicht. Wenn in dem Kohlengebiet eine polnische Mehrheit vorhanden ist, so darf nicht deshalb, weil es sich um Arbeiterstimmen handelt, dieses Gebiet Polen weggenommen werden. Die Grenze wird unter Berücksichtigung der Abstimmung und unter Berücksichtigung der völkischen und wirtschaftlichen Erfordernisse gezogen werden."

*

Briand ist also unehrlich genug, auf dem Boden der sogar von seinem Landsmann Le Rond preisgegebenen Lüge von der Verursachung der Unruhen durch die aus „deutscher Quelle" stammenden Nachrichten zu verharren. Der französische Ministerpräsident hat scheinbar guten Grund zu diesem Verhalten, das nun vor aller Welt noch einmal durch die in würdigsächlichem Tone gehaltene Antwort der deutschen Regierung gebührend gekennzeichnet wird. Weiter ist zu der Antwort an den englischen Premier nichts zu sagen. Jetzt muß die Gerechtigkeit walten!

Eine Aktion der Gewerkschaften.

Vertreter der deutschen Arbeiter bei den Ententebotschaftern.

Von gewerkschaftlicher Seite wird durch das Wolffsche Bureau mitgeteilt:

Die Verhältnisse in Oberschlesien und die bevorstehende Entscheidung über die Zugehörigkeit dieses Landes haben den deutschen Gewerkschaften Veranlassung gegeben, bei den Botschaftern von England, Frankreich und Italien vorstellig zu werden, um ihnen die Auffassung der deutschen Arbeiter in der oberschlesischen Frage persönlich vorzutragen. Als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (München) des Gewerkschaftsringes (Hirsch-Duncker) und des Allgemeinen freien Angestelltenverbandes (Afa) wurden die Herren Baltrusch, Sassenbach und Wissel im Laufe des Sonnabend nachmittags von den drei Botschaftern empfangen. In der Aussprache wurden die verschiedenen Seiten der oberschlesischen Frage berührt, vor allem wurde auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen, die deutsche Bevölkerung gegen die drohenden und zum Teil schon eingesetzten Plünderungen und gegen die verübten Gewaltmaßnahmen der Polen zu schützen.

Es ergab sich die übereinstimmende Auffassung, daß der Oberste Rat in seiner Beschlußfassung über die Zugehörigkeit Oberschlesiens sich nicht durch den Aufstand der Polen beeinflussen lassen werde.

Den Herren Botschaftern wurde folgende vom 13. Mai datierte, von den beteiligten Gewerkschaften unterschriebene Denkschrift übergeben:

„In der gestrigen Tagespresse war behauptet, daß die interalliierte Kommission in Oppeln mit den aufständischen Polen eine vorläufige Vereinbarung getroffen habe, die nach der ganzen Schlage von den Aufständischen selbst als eine endgültige angesehen worden wäre, da sie ihre Wünsche fast restlos erfüllt hätte. **Wenn schon heute die Tagespresse berichtet, daß die behauptete Vereinbarung nicht getroffen sei, so gibt doch die Tatsache, daß solche Behauptungen offenbar von polnischer Seite in die Welt gesetzt werden, den unterzeichneten deutschen Gewerkschaften Anlaß, den beteiligten Mächten folgendes mitzuteilen:**

Durch Annahme des Londoner Ultimatums wird das deutsche Wirtschaftsleben mit ungeheuren finanziellen Verpflichtungen belastet. Wenn auch das gesamte deutsche Wirtschaftsleben diese Bürden einheitlich zu tragen hat, so gibt sich die deutsche Arbeiterschaft doch keinen Zweifel darüber hin, daß derartige Beträge nicht aus der Substanz genommen werden können, sondern durch Mehrleistung der werktätigen Bevölkerung erbracht werden müssen.

Jede Schmälerung des deutschen Gebietes erhöht diese Lasten. Die deutsche Arbeiterschaft ist der Ansicht, daß selbst beim Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland Arbeitsleistungen zu vollbringen sind, die über das hinausgehen, was nach dem Sinne des 13. Teiles des Friedensvertrages billigerweise der Arbeiterschaft zugemutet werden kann.

Im 13. Teile des Friedensvertrages sind der Arbeiterschaft der gesamten Welt und damit auch den deutschen Arbeitern Versprechungen gemacht, deren Inhalt dort zu bekannt ist, als daß wir hier darauf näher einzugehen brauchen. **Wenn nun ein so überaus wichtiges Gebiet wie das oberschlesische von Deutschland losgelöst würde, würde die auf den deutschen Arbeitern ruhende Last eine unerträgliche werden.**

Es ist immer und vor der Abstimmung auch von den Polen von einem ungeteilten Oberschlesien gesprochen worden. Die Abstimmung in Oberschlesien hat eine überwiegende deutsche Majorität ergeben, daß, wenn eine ähnliche polnische Majorität zu verzeichnen gewesen wäre, kein Zweifel gegeben wäre, daß die Polen dieses zum Anlaß genommen hätten, die Zuweisung von Oberschlesien ungeteilt an Polen zu fordern.

Das gleiche müssen die deutschen Arbeiter verlangen, umsomehr, als die ihnen obliegenden Pflichten viel größer sind, als die den polnischen Arbeitern zufallenden und weil die Abstimmung ergeben hat, daß gerade in den Industriegebieten die deutsche Arbeiterschaft die weitaus überwiegende ist.

Wenn auch die unterzeichneten deutschen Gewerkschaften glauben, annehmen zu dürfen, daß bei der vorstehenden Entscheidung über Oberschlesien die beteiligten Regierungen die Sachlage objektiv prüfen, hatten sie es aus Sorge für die deutsche Arbeiterschaft für ihre Pflicht, auf das dringendste darauf hinzuweisen, daß eine weitere Herabdrückung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft eintreten muß und der 13. Teil des Friedensvertrages in Deutschland nicht durchgeführt werden kann, wenn die Regelung in einem Sinne erfolgen würde, wie er gestern als Beschluß der interalliierten Kommission behauptet worden war."

Der Geist der Erneuerung.

Von
Otto Nuschke.

Von dem Reichstagsbeschluß vom 10. Mai muß eine geistige Erneuerung in Deutschland ausgehen, wenn nicht alle Opfer umsonst gebracht sein sollen. Schon jetzt zeigt sich, daß der Weg, den die Mehrheit des deutschen Parlaments beschritt, richtig gewesen ist. In einer lückenlosen Einheitsfront forderten unsere Gegner die Unterschrift unter das Londoner Diktat. Der Glaube an Deutschlands Uebelwollen hatte sie geeint. In dem Augenblick, wo die deutsche Unterschrift unter der größten Schuldverschreibung aller Zeiten und Völker steht, lockert sich die gegnerische Phalanx: die Anhänger der Vernunft werden vernünftig, die Billigdenkenden gerecht, und was keine Protestversammlung und keine Trutzrede zuwege gebracht hat, bewirkt die deutsche Unterschrift: die Gegner zerteilen sich in ihre verschiedenen Grundanschauungen, die sich nur dann zu einer Handlungseinheit verschmelzen, wenn man an ein deutsches Listen glaubt. Diese Tatsachen sind für Deutschland die beste Richtschnur seiner Politik. Wir kommen am ehesten zu einer aktiven Außenpolitik, wenn wir am rücksichtslosesten mit der Politik des alten Deutschland brechen, wenn wir jene Politik meiden, die der Gegner bisher bei uns zu sehen vermeinte. An dem Tage, an dem Deutschland dem Gegner den Glauben an unseren guten Willen wieder nähme, wäre die geschlossene Front gegen uns erneut erstanden.

Alles, was in seinem politischen Denken und in seiner Erziehung in den ausgefahrenen Gleisen der Machtpolitik weiterlebt, muß die Uebernahme großer Opfer als herbe Demütigung empfinden. Für wen die nationale Selbstbeherrschung nur mit großen Geschützen und schweren Minenwerfern denkbar erscheint, der mag an Deutschlands Untergang glauben. Wer aber die alte Pfingstlehre begriffen hat, der ist auch jetzt überzeugt, daß nur der Geist lebendig macht. Nur die Beseelung der Dinge gibt ihnen Lebenswert und Daseinsberechtigung. In dem Augenblick, wo die deutsche Macht entseelt war, wo die russische Militärmaschine ein totes Ding war, hatten diese furchtbaren Instrumente ihre Furchtbarkeit verloren. Der Geist ist es, der lebendig macht.

Ohne Geist, und zwar ohne einen neuen Geist, vermag Deutschland nicht die schier übermenschliche Aufgabe der Wiedergutmachung zu lösen. Es ist Schuldknechtschaft, in die wir gestürzt sind. Ein Herausarbeiten ist seelisch nur möglich, wenn wir die Hoffnung haben, daß in nicht zu ferner Zeit die Vernunft in die Welt einkehren und unsere Schuldverpflichtung mäßigen und zum Leistungsmöglichen wandeln wird. Aber inzwischen kommt es auf die Gesinnung an. „Der Mensch ist frei und wäre er in Ketten geboren." Wir wollen uns bei unserer Aufgabe frei fühlen. Sie ist eine Befreiungsarbeit an Kindern und Enkeln. Nicht in dem Sinne, daß Deutschland danach strebt, seine Schulden abzuzahlen, um dann wieder das alte Deutschland zu werden. Nein, wir wollen arbeiten, um nie wieder das alte Land der Knechtseligkeit und Subordination, der Machtkratzerei und der Unduldsamkeit zu werden. Für die Zukunft des neuen Deutschland, des republikanisch-demokratischen Vaterlandes wird die Wiedergutmachung geleistet, für das Deutschland des sozialen Brudergeistes und der politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung mit den anderen Völkern.

Es muß schlimm sein für die Anhänger des alten dynastischen Obrigkeitsstaates, sich jetzt in die Arbeit für diejenigen einspannen zu lassen, die sie noch immer ihre Feinde nennen und unter dem seelischen Druck, daß alle diese Arbeit nur dazu dient, den Volksstaat zu befreien und auf sichere Füße zu stellen. Man kann für solche Gemütsdepressionen menschliches Verständnis haben, aber man wird sich dennoch im Interesse des Ganzen gegen jedes Entgegenstemmen oder gar offene Auflehnung mit allen Kräften wenden müssen. Wer das große Werk der deutschen Befreiung hemmt, muß an dieser Betätigung verhindert werden. Auf der anderen Seite soll man nicht engherzig den Geßlerhut parteimäßig abgestempelter Ueberzeugungen aufhängen, dem jeder, der mitarbeiten will, zuvor seine Reverenz zu erweisen hätte.

Deutschland muß sich nicht allein geistig, sondern auch wirtschaftlich umstellen. Die deutsche Wirtschaft bedarf der Zusammenfassung, der Kräfteersparnis, der Rohstoffökonomie und der Ausschaltung alles Ueberflüssigen. Die finanziellen Opfer sind nicht allein aus der Wirtschaft herauszuholen. Jeder Einzelne wird noch an persönlichem Wohlergehen, an Lebensgenuß und materiellem Aufwand Opfer bringen müssen. Den breiten Massen kann das nur zugemutet werden, wenn jeder Zweifel daran schwindet, daß dem noch gegeben wird, der da hat. Eine Wirtschaft mit Wiedergutmachungsgewinnlern kann die große Aufgabe nicht lösen. Sinnes muß Objekt und nicht Subjekt der Reparation werden. Aber ebenso muß jeder Volksgenosse dem Ganzen zum Wohle